

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

+++ menschenrechte kennen keine grenzen +++

Georgenkirchstraße 69/70 • 10249 Berlin • Tel.: (030) 2 43 44 – 57 62
Fax: - 57 63 • buero@fluechtlingsrat-berlin.de • www.fluechtlingsrat-berlin.de



Infobrief

Juni 2007

mit den Sitzungsprotokollen vom 16. Mai und 06. Juni 2007

I. Termine

07. Juli 2007

Psychotherapie im interkulturellen Kontext, Probleme und Ressourcen; Veranstalter: Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen (NFN), Ort: Ärztekammer Niedersachsen, Berliner Allee 20, 30175 Hannover, 10-00 – 16.00 Uhr, Anmeldungen und Rückfragen: Flüchtlingsrat Niedersachsen, Langer Garten 23B, 31137 Hildesheim, Tel.: 05121/ 10 26 86/87, Fax: - 31609, kl@nds-fluerat.org

13. – 15. Juli 2007

Wochenendseminar für ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen zu den (geplanten) Änderungen des Aufenthaltsgesetzes, Referent: Volker-Maria Hügel, GGUA Münster, Projekt-Büro „Qualifizierung der Flüchtlingsberatung“ Ort: Jugendbildungsstätte des BLITZ -Bildungswerkes in Hütten (bei Pößneck); Teilnahmegebühr: 30 Euro für Menschen mit Erwerbseinkommen, 15 Euro für Erwerbslose und StudentInnen, 10 Euro für Schüler, Freie Teilnahme für AsylbewerberInnen sowie Erstattung der Fahrtkosten bei Vorlage der Belege; Anmeldung: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Wasbergstraße 1, 99092 Erfurt, Tel.:0361-21727-20, Fax:0361-21727-27, Email: sandra.jesse@dgb-bwt.de

19. – 22. Juli 2007

Gegen den Terror des Krieges - Friede den Hütten
Sommerakademie des Friedensratschlags
Ort: Oberhof (Thüringen) Weitere Hinweise (Programm, Anmeldung, Kosten usw.):
<http://www.sommerakademie-frieden.de/programm.htm>
Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstraße 6, 34117 Kassel
Infos per Mail: info@sommerakademie-frieden.de ,
per Telefon: Sommerakademie-Hotline: 0151 - 51 66 34 95

30. August 2007

6. Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebungen und Abschiebehaft; Infos u.a.: <http://www.initiative-gegen-abschiebehaft.de/>

II. Recht/Urteile

Beim Bleiberecht entfällt ab sofort bundesweit die Beteiligung der Arbeitsagenturen

Nach dem Kabinettsbeschluss zu einer Bleiberechtsregelung auf Bundesebene ist für geduldete Flüchtlinge nach vier Jahren Aufenthalt der uneingeschränkte Arbeitsmarktzugang ohne Vorrangprüfung und ohne Prüfung der Beschäftigungsbedingungen nach § 39 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz vorgesehen. Im Vorgriff auf die zu erwartende Rechtslage wendet die Bundesagentur für Arbeit diese Regelung ab sofort auch für Personen an, die unter den IMK-Bleiberechtsbeschluss fallen.
http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/IMK_Arbeitsbedingungen_260407.pdf

Bundesverwaltungsgericht, Urteile vom 21.11.06, Az.: BVerwG 1 C 5.06, 8.06, 10.06 und 20.06
„Offensichtlich unbegründet“ abgelehnte Asylanträge von Kindern, deren Asylverfahren automatisch von Amts wegen eingeleitet wurde, **werden bei vorgetragenem Abänderungsinteresse aufgehoben**

Lt. einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen November dürfen Asylanträge, die vor Einführung des Zuwanderungsgesetzes für Kinder abgelehnter Asylsuchender gestellt worden sind (sog. Fiktivanträge) nicht automatisch offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Dies hätte zur Folge, dass in bestimmten Fällen dem Kind kein Aufenthaltstitel erteilt werden darf (vgl. § 10 Abs. 3 AufenthG). Solche Ablehnungen als „offensichtlich unbegründet“ machen insbesondere auch Probleme bei der Härtefallkommission und der Bleiberechtsregelung.

Wegen der Rechtsprechung des BVerwG sind diese alten Bescheide damit rechtswidrig und können nach Ermessen teilweise zurückgenommen werden. Das Bundesamt wird Bescheide, deren Qualifizierung sich auf § 48 I VwVfG (Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes) stützen, deshalb teilweise aufheben, soweit dies vor dem Bundesamt geltend gemacht wird.

(Urteile ergingen grundsätzlich zu behördlich eingeleiteten Asylverfahren auch für vor Januar 2005 geborene Kinder von abgelehnten Asylbewerbern;
www.bundesverwaltungsgericht.de)

VG Stuttgart Urteil vom 21.5.2007, 4 K 2563/07
Subsidiärer Schutz für Irakische Flüchtlinge
Leitsätze: 1. Dem subsidiären Schutz nach Art. 15 lit c. der Qualifikationsrichtlinie ist eine dem § 60 Abs. 7 AufenthG vergleichbare Differenzierung zwischen allgemeinen Gefahren und solchen nicht allgemeiner Art fremd.

2. Im Irak findet gegenwärtig ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt statt, der zur Gewährung subsidiären Schutzes verpflichtet.

3. Zum internen Schutz im Nordirak.

Der Beklagte wird verpflichtet, den Klägern Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen

Vorläufiger Teilabschiebestopp für Sri Lanka

Aufgrund der aufflammenden Bürgerkriegs in Sri Lanka hat das Bundesinnenministerium den Bundesländern für zunächst 3 Monate einen Abschiebestopp für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende Tamilen empfohlen:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/BMI_Abschiebestopp_SriLanka.pdf
Pro Asyl kritisiert in einer Pressemeldung, dass ein Abschiebestopp bereits seit vergangener Dezember dringend notwendig gewesen wäre und hält die Empfehlung für unzureichend: „Die jetzt vom BMI empfohlene Regelung ist unzureichend. Abschiebungen nach Sri Lanka sollen zunächst für drei Monate nur für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende Tamilen ausgesetzt werden. Weiter abgeschoben werden sollen nicht nur Straftäter, sondern auch Tamilen, „bei denen eine Existenzsicherung bei Rückkehr aufgrund noch vorhandener familiärer Strukturen im Regierungsgebiet bzw. sonstige bekannte Umstände gesichert erscheint.“

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 25.04.07, Az.: L 19N 116/07 AS ER:

ALG II für EU-BürgerInnen

Das LSG Berlin-Brandenburg hat in einer Grundsatzentscheidung festgestellt, dass der Leistungsausschluss des § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II für UnionsbürgerInnen nicht greift, die sich rechtmäßig (mit Freizügigkeitsbescheinigung) in Deutschland aufhalten. Sie dürfen aufgrund des Diskriminierungsverbotes in Art. 12 EG-Vertrag nicht vom ALG II ausgeschlossen werden:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/LSGGBB_SGBII_FreizuegG-EU.pdf

BUNDESFINANZHOF Urteil vom 15.3.2007, Az.: III R 93/03: **Kein Kindergeld für geduldete Ausländer**

„Ausländer, die sich im Rahmen einer ausländerrechtlichen Duldung im Inland aufhalten, haben keinen Anspruch auf Kindergeld.

Der Kläger hatte im maßgeblichen Zeitraum keine Aufenthaltsgenehmigung i.S. von § 5 AuslG 1990, die nach § 101 AufenthG hätte fortgelten können. Er war nach eigenen Angaben lediglich geduldet i.S. von §§ 55, 56 AuslG 1990....

Unerheblich ist, dass der Kläger erwerbstätig war. Die geduldeten erwerbstätigen Ausländer sind bewusst von dem Bezug von Kindergeld ausgeschlossen worden. Sie sollten bei der Neuregelung des Kindergeldes in § 62 Abs. 2 EstG nicht berücksichtigt werden, weil nach dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 für diese Personen eine befriedigende Lösung nach dem AufenthG vorgesehen ist (vgl. BTDrucks 16/1368, S. 8). Die neue gesetzliche Regelung begegnet nach Auffassung des Senats keinen verfassungsrechtlichen Bedenken“.

III. Materialien

Georg Classen/ Flüchtlingsrat Berlin Update Rechtsprechungsübersicht

Ergänzungslieferung August 2006 - Juni 2007, 59

Seiten, 0,3 MB mit zahlreichen neuen
Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/neue_Urteile_0607.pdf

Achtung: Die komplette Entscheidungssammlung
Urteile2.pdf, ca. 460 Seiten, ca. 3 MB, mit über
2000 Entscheidungen aus Mitte 1997 bis Juni
2007, gibt's hier: <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de>, -> "Gesetzgebung"

> "Rechtsprechungsübersichten"

bzw. direkt
<http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Urteile2.pdf>

Die Ergänzungslieferung enthält u.a.

Entscheidungen zu:

* § 1 Abs. 1 Nr. 6 AsylbLG - keine Leistungen nach
AsylbLG für deutsche Kinder von Asylbewerbern
(auch für Selbstverständlichkeiten müssen
hierzulande leider manchmal die Gerichte bemüht
werden...)

* § 2 AsylbLG - Duldung, "freiwillige Ausreise" und
rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der
Aufenthaltsdauer?

* § 2 AsylbLG - Anrechnung von Zeiten des Bezugs
von "besseren Sozialleistungen" nach BSHG bzw.
SGB II auf die 36 Monatsfrist

* § 3 AsylbLG - Übernahme der Mietkosten für eine
Wohnung

* §§ 7, 8 SGB II - zum Anspruch auf Leistungen
nach SGB II für Ausländer
(Arbeitserlaubnis, Fiktionsbescheinigung,
Wohnsitzauflage u.a.)

* § 7 SGB II neu - zum Ausschluss Arbeit
suchender Unionsbürger

* § 73 SGB XII - Passkosten für ALG-II-Empfänger

* § 12 AufenthG - Wohnsitzauflage bei Aufenthalt
aus humanitären Gründen

* § 5 FreizügG/EU - Daueraufenthaltsrecht EU für
seit Jahren von Sozial(hilfe)-leistungen lebende
Polen mit aus humanitären Gründen erteilter
Aufenthaltserteilung nach Altfallregelung aus Ende
der 80er Jahre

„Flüchtlinge schützen – nicht abschieben!“; **Heft
zum Tag des Flüchtlings 2007**; Hrsg.:
Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624,
60069 Frankfurt/ Main, Tel.: 069/ 23 06 88, Fax: -
23 06 50, www.proasyl.de

Die irakische Flüchtlingskatastrophe; Infoblatt;
Hrsg.: Förderverein PRO ASYL e.V.

„**Schäuble-Reisen**“, Der One-Way-Spezialist“
„Reiseunterlagen“: www.schaublereisen.de

Der Schlepper (Nr. 39, Sommer2007) : „ Keine
Kompromisse“; Hrsg.: Flüchtlingsrat Schleswig-
Holstein (in Zusammenarbeit mit PRO ASYL),
Oldenburger Strasse 25, 24143 Kiel, Tel.: 0431/
240 58 28, Fax: -29, office@frsh.de

Hier geblieben !; Die Zeitung der „Jugendlichen
ohne Grenzen“; Hrsg.: (V.i.s.d.P.) T. Klaus, c/o
Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburg Strasse 13,
80337 München, Tel.: 089/ 76 22 34, Fax: - 76 22
36, bfr@ibu.de

„Leitfaden für Flüchtlinge“ in Niedersachsen
<http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/leitfaden-fluechtlinge/>

Hrsg.: Flüchtlingsrat Niedersachsen, Langer Garten
23 B, 31137 Hildesheim, Tel.: 05121/ 102686/87,
Fax: -31609

Europäisches Asyl- und Menschenrecht. Stand
der Harmonisierung und der Umsetzung in
Deutschland. Beilage zum Asylmagazin 5/2007.
Hrsg.: Informationsverbund Asyl e.V., Greifswalder
Strasse 4, 10405 Berlin, Fax: 030/ 4679 3329,
redaktion@asyl.net

UNHCR: Iraq Situation Update"

(April/May 2007), Norbert Trosien, Associate
Protection Officer

UNHCR Regional Office for Germany, Austria
and the Czech Republic, Wallstrasse 9 -13
10179 Berlin, Email: trosien@unhcr.org

UNHCR Papier zur Sicherheitslage in Afghanistan

Kabul, 25.04.07

UNHCR Regionalvertretung für Deutschland,
Österreich und die Tschechische Republik
Wallstraße 9-13, 10179 Berlin

Tel: 030-202 202-0, Fax: 030-202 202-20

E-Mail: gfrbe@unhcr.org

Amnesty - Jahresbericht 2007. Der Band liefert
umfassend Daten und Fakten zum aktuellen Stand
der Menschenrechtssituation in 153 Ländern der
Welt. Er informiert über die Arbeit der Organisation
und ihr weltweites Engagement für die Einhaltung
der Menschenrechte. Gleichzeitig ist der
Jahresbericht 2007 ein Appell an die
Weltöffentlichkeit, Menschenrechtsverletzungen
entgegenzutreten. 512 S., kart., nur € 14,90
Ariadne-Buchdienst, Kiefernweg 13, 76149
Karlsruhe, bestellservice@ariadne.de
Tel.: 0721-706755 .Bestell - Nr. 21-000831

GRUNDRECHTE-REPORT 2007.

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in
Deutschland. Herausgegeben: Humanistische
Union, Gustav Heinemann-Initiative, Komitee für
Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis
Kritischer Juragruppen, Pro Asyl, Republikanischer
Anwaltsverein, Vereinigung demokratischer
Juristinnen und Juristen, Internationale Liga für
Menschenrechte, Neue Richtervereinigung. Fischer-
Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 2007, 250
Seiten, 9.95 Euro

**60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes.** Lesebuch zu Geschichte und
Gegenwart der VVN. Hrsg.: Hans Coppi, Nicole
Warmbold, VVN – BdA; Franz – Mehring - Platz 1,
10243 Berlin, ISBN 978-3-00-021280-2, 2007

PRO ASYL Infoservice April 07 (Auszug)

Anlässlich des **15. Jahrestages der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention** hat PRO ASYL in einer Presseerklärung vom 4. April 2007 auf die dauerhafte Verletzung der Rechte von Flüchtlingskindern in Deutschland hingewiesen und Bundeskanzlerin Merkel in einem offenen Brief aufgefordert, sich entschieden dafür einzusetzen, dass die deutsche Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen wird. Dies könne beim aktuellen Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung von EU-Richtlinien ins Zuwanderungsgesetz geschehen. Dagegen sehe der jetzige Entwurf tatsächlich Verschlechterungen vor. So sollen z.B. minderjährige Flüchtlinge künftig die Beweislast für den Nachweis ihres Alters selbst tragen.

Je länger Flüchtlingskinder in einem Land nur als Geduldete leben, desto häufiger werden sie psychisch krank. Dies ist eines der Ergebnisse einer Studie der Hamburger Psychologin Claudia Oelrich, die 51 Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 19 Jahren befragte. Eines der Ergebnisse der Studie ist, dass etwa 45 Prozent der Interviewten Anzeichen einer psychischen Störung zeigten. Die Studie ist entstanden in Kooperation mit der kirchlichen Hilfsstelle Fluchtpunkt und dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Human Rights Watch hat von der spanischen Regierung gefordert, sicherzustellen, dass das neu geschlossene Abkommen über die **Rückführung unbegleiteter Minderjähriger** nach Marokko mit Spaniens internationalen Menschenrechtsverpflichtungen in Einklang zu bringen ist. Das Abkommen wurde am 6. März 2007 unterschrieben und ersetzt ein Memorandum of understanding aus dem Jahr 2003.

Die **US-Regierung hat ihren Menschenrechtsbericht 2006 vorgelegt**. Im Abschnitt zum **Kosovo** wird eine fortdauernde Diskriminierung von Serben, Roma, Ashkali und Kosovo-Ägyptern festgestellt hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs, des Rechts auf Rückkehr, bezüglich der Bewegungsfreiheit und anderer Rechte.

Überraschend oder je nach Vorerfahrung mit ähnlichen Verfahren auch nicht: Im **Prozess um den Feuertod des Asylsuchenden Oury Jalloh** in einer Polizeizelle in Dessau hat die Hauptzeugin ihre früheren Aussagen gegen ihren auf der Anklagebank sitzenden Exvorgesetzten relativiert. Angeblich habe sich der damalige Dienstgruppenleiter nach dem Brandalarm am 7. Januar 2005 sofort den Weg zu den Gewahrsamszellen im Polizeirevier gemacht. Der Oberstaatsanwalt wies sofort auf die erheblichen Unterschiede zu ihren früheren Aussagen hin. Gegen die Zeugin läuft nach Angaben des Gerichtes ein Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage. Die Aussage der Polizistin gab dennoch einen interessanten Einblick in die Polizeiarbeit am

Tattag. Der Dienstgruppenleitende habe an jenem Tag zweimal versucht, die Akustik des Brandmelders der Gewahrsamszelle von Oury Jalloh auszuschalten. Sie habe an diesem Tag nach mehrfachem Fehlalarm selbst nicht geglaubt, dass es in einer gefliesten Zelle tatsächlich brennen können. Immerhin will sie zunächst alle Funkstreifenwagen zur Unterstützung ins Revier gerufen haben, obwohl das nicht gerade die logische Erstreaktion auf das Ertönen des Rauchmelders ist. Zuvor habe Jalloh mehrfach gerufen: "Komm zurück. Mach mich ab." Sie habe die Fesselung selbst moralisch für bedenklich gehalten. Jalloh war an Händen und Füßen gefesselt.

Amnesty international hat im Vorgriff auf einen später erscheinenden Bericht "Europe and Central Asia: Summary of Amnesty International's Concerns in the Region: July-December 2006" vorab den Teil zur **Türkei** veröffentlicht. Es wird hingewiesen auf andauernde Restriktionen gegen die Meinungsfreiheit, fortdauernde Foltervorwürfe und die Problematik der Bedingungen in den sogenannten F-Typ-Gefängnissen.

IV. Protokollnotizen

Sitzung vom 16. Mai 2007

Anwesend ca. 20 Teilnehmer/innen

Umsetzung der Bleiberechtsregelung in Berlin Auslaufen der Antragsfrist

Zum 18. Mai 07 lief die Frist für die Stellung von Anträgen nach der Bleiberechtsregelung (IMK) in Berlin aus (s. auch Infobrief Mai 07). Von Seiten des Flüchtlingsrates wurde u.a. in einem Schreiben an Innensenator Dr. Ehrhart Körting vom 15.05.07 klar gestellt, dass die betroffenen Flüchtlinge nach Auslaufen der Antragsfrist in eine Regelungslücke fallen, da das Änderungsgesetz (Zuwanderungsgesetz) frühestens Mitte Juli 07 in Kraft treten wird. Auf das Schreiben des Flüchtlingsrates ist bisher von Seiten der Senatsverwaltung nicht geantwortet worden. Die bisher unbefriedigende Bilanz der Umsetzung der Bleiberechtsregelung in Berlin ist Ergebnis einer restriktiven und verzögerten Entscheidungspraxis der Berliner Ausländerbehörde. Die Feststellung von Ausschlussgründen (Erfüllung von Mitwirkungspflichten/ Passpflicht; Identitätstäuschung") bzw. deren enge Auslegung durch die Ausländerbehörde führt letztlich zu diesem Ergebnis. So ist es nicht allein die Hürde des Arbeitsmarktzugangs, an der die Betroffenen scheitern. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Beteiligung der Arbeitsagenturen bei der Anwendung der Bleiberechtsregelung grundsätzlich entfällt.

Der von der Evangelischen Landeskirche einberufene Runde Tisch zur Umsetzung der Bleiberechtsregelung sollte erneut zusammenkommen und sich auch mit der Frage der genannten Ausschlussgründe befassen. Weitere Infos: http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=333

Zur Situation von kurdischen Familien aus Mardin/ Iskenderun

Der Fall der Abschiebung von Nasima (s. Infobrief Mai 07) machte deutlich, dass die ursprünglich aus dem Libanon stammenden kurdischen Familien wegen des Vorwurfs einer „Identitätstäuschung“ nicht von der Bleiberechtsregelung profitieren können. Die Arbeitsgruppe des LKA „GE Ident“ begründet diesen Vorwurf mit ermittelten Eintragungen in türkische Geburtenregister, die von den türkischen Behörden über Jahrzehnte weiter geführt wurden. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus hat eine kleine Anfrage zwecks Auswertung der Tätigkeit der GE Ident eingereicht (14.05.07).

Das Beispiel von Nasima zeigt, dass die Ausweisungen bzw. Abschiebungen der betroffenen Flüchtlinge gerade für die Kinder, die faktisch mit in „Sippenhaft“ genommen werden, eine besondere Härte darstellen. Zum Hintergrund siehe auch: www.libasoli.de --> Dokumente

Aktuelle Situation in der EAE Motardstrasse;

Am 26.04.07 fand auf Einladung des Kreisverbandes der Linkspartei Tempelhof - Schöneberg eine Veranstaltung in der „Roten Insel“ zur Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung statt, an der Georg Classen als Referent eingeladen war. Im Ergebnis sollte u.a. ein Gespräch mit der Bürgermeisterin von Marzahn – Hellersdorf, Frau Dagmar Pohle, vereinbart werden. Am 7. Mai 07 wurde dies noch einmal bei einem Treffen mit Vertreter/innen der Linkspartei (Kreisverbände) beim Flüchtlingsrat bestätigt. Es wurde vom Vertreter Marzahns über ein neues Rundschreiben der Bürgermeisterin zur Umsetzung von §1a AsylbLG informiert, das eine geänderte Entscheidungspraxis und in letzter Konsequenz eine Entlassung von geduldeten Flüchtlingen aus der EAE ermöglichen sollte. Damit sollte –wenn grundsätzlich die Anwendung von §1a AsylbLG nicht vermieden werden kann, diese in der ursprünglichen Unterkunft (Wohnung, Heim) vollzogen werden. Die Linkspartei will auch in den Bezirken, in denen sie politische Verantwortung trägt, zu einem Stopp von Einweisungen geduldeter Flüchtlinge in die EAE beitragen, bzw. Entlassungen ermöglichen (Hohenschönhausen – Lichtenberg, Treptow – Köpenick). Mit 56 Flüchtlingen hatte Marzahn – Hellersdorf (Stand Ende März 07) die meisten Geduldete in die EAE (Vollverpflegung als Sanktion des § 1a AsylbLG) eingewiesen. Nach den aktuellen Informationen wurde auf einer Infoveranstaltung am 03.05.07 bei HINBUN den betroffenen Flüchtlingen geraten, sich mit Anträgen auf Entlassung und anderweitige Unterbringung an die Sozialämter zu wenden.

Wegen der vorherrschenden Bedingungen in der Erstaufnahmeeinrichtung hat die Initiative gegen das Chipkartensystem am 14.05.07 Senatorin Knake-Werner die „Goldene Kakerlake“ verliehen.

Polizeirazzien im Vorfeld des G8 – Gipfels

Von den am 09.05.07 durchgeführten Razzien war auch die Flüchtlingsberatungsstelle der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) im

Mehringhof sowie die Dokumentationsstelle der ARI im Haus Bethanien betroffen, obwohl gegen diese nicht ermittelt wurde. Mit der Beschlagnahmung von Computern wurden auch die Daten von Flüchtlingen den unberechtigtem Zugriff der Polizei ausgesetzt. Diese Daten sollten gelöscht und nicht weiter gespeichert werden. Darauf ist ein Beschwerde-verfahren gerichtet.

Sitzung vom 06. Juni 2007

Anwesend: ca. 25 Teilnehmer/innen

Ergebnisse der Innenministerkonferenz

Zum Zeitpunkt der Sitzung war nur die Pressemitteilung der Innenministerkonferenz (31.05./01.06.07 in Berlin) bekannt, die keine flüchtlingspolitischen Aspekte enthielt. Gegenstand der Verhandlung sollten Regelungen zu Abschiebungen in den Irak sowie zu Abschiebestopps von tschetschenischen Flüchtlingen und nach Sri Lanka sein. (s. Aktuelles).

Aktionstage für ein Bleiberecht und gegen die Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz

Die Aktionen eines breiten Bündnisses von antirassistischen Gruppen, Flüchtlingsinitiativen, Flüchtlingsrat Berlin und GRIPS Theater richteten sich zum einen gegen die im Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz enthaltenen Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz. Am **21.05.07** wurde aus Anlass der ersten Anhörung zum Änderungsgesetz im Innenausschuss des Bundestages zu einer Kundgebung vor der SPD-Bundeszentrale (Willy-Brandt-Haus) mit anschließender Demo zur CDU-Bundeszentrale aufgerufen. Zu dieser Aktion mobilisierte auch der Türkische Bund und der Migrationsrat. In der CDU-Bundeszentrale kam es zu einem kurzen Gespräch mit Herrn Dr. Angelov und einem weiteren Verantwortlichen zum Inhalt der Forderungen der Kundgebungsteilnehmer/innen. Ihm wurde u.a. eine aktuelle Stellungnahme von PRO ASYL zum Gesetzentwurf übergeben.

Aus Anlass der Innenministerkonferenz wurden verschiedene öffentliche Aktionen durchgeführt. Am **31.05.07** eröffneten PRO ASYL, Flüchtlingsrat Berlin und „Jugendliche ohne Grenzen“ das „Reisebüro Schäublereisen“, um auf drohende Abschiebungen von Flüchtlingen in Kriegs- und Krisengebiete aufmerksam zu machen. www.schaublereisen.de

Am **31.05.07** fand am Nachmittag vor dem Brandenburger Tor eine Kunstaktion „Abgefertigt“ des Künstlers Kurt Fleckenstein statt. In großen Reisetaschen sitzende junge Flüchtlinge verdeutlichten die Kritik an einer Flüchtlingspolitik, die auf Abschiebungen der Betroffenen gerichtet ist. www.kurt-fleckenstein.com

Nach der Innenministerkonferenz und vor Beginn des G8 – Gegengipfels in Heiligendamm / Rostock demonstrierten am **01.06.07** mehrere Hundert Demonstranten in der Berliner Innenstadt gegen die geplanten Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz und die europäische Flüchtlingspolitik.

Am **14.06.07** fand aus Anlass der Verabschiedung des genannten Gesetzes im Bundestag eine Kundgebung vor dem Bundesinnenministerium mit anschließender Demonstration zum Deutschen Bundestag statt (zum Hauptbahnhof wegen der Bannmeile).

Anhörung zum Änderungsgesetz

(Zuwanderungsgesetz) im Innenausschuss des Bundestages

Am 05.06.07 fand im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages die 3. Anhörung zum geänderten Zuwanderungsgesetz im Innenausschuss statt. Die Sachverständigen äußerten sich zu den Themen Bleiberecht, humanitärer Aufenthalt; Arbeitsmigration; Flüchtlingsanerkennung, Asylverfahrensrecht und Illegale.

Die im Vorfeld von NGOs vorgebrachte Kritik an den Verschärfungen im Gesetz und an den Defiziten der Bleiberechtsregelung wurde von den Sachverständigen im Wesentlichen geteilt. Sie wandten sich u.a. im Zusammenhang mit der Bleiberechtsregelung (§104a AufenthG) gegen die Unbestimmtheit der Ausschlussgründe, die „Sippenhaftung“ sowie gegen die fehlende Nachhaltigkeit der Regelung (Stichtagsregelung). Änderungen die insbesondere Flüchtlinge betreffen ergeben sich z.B. mit der Verlängerung der Wirksamkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes auf 4 Jahre (§2 AsylbLG) sowie dem Wegfall der Ankündigungsfrist einer Abschiebung (§ 60a Abs. 5, Satz 4 AufenthG).

Weitere Infos und Stellungnahmen (s. Aktuelles) unter: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/2_AendG.html

Umsetzung der Bleiberechtsregelung (IMK) in Berlin

Auf Nachfrage des Flüchtlingsrates wurde von der Senatsverwaltung für Inneres bestätigt, dass die ausgelaufene Antragsfrist nicht wieder verlängert wird. Die Weisungsänderung habe im Zusammenhang mit dem Wortlaut des IMK-Beschlusses korrigiert werden müssen.

Auf der Sitzung wurde u.a. auf die Passpflicht hingewiesen, die im Fall u.a. der serbischen Botschaft kaum zumutbar zu erfüllen ist. (Gleiches gilt auch für Kurden aus Syrien). Gleichwohl beharrt die Ausländerbehörde auch in diesen Fällen auf die Erfüllung der Passpflicht.

Rückkehr von Nasima

Angesichts der Proteste gegen die Abschiebung von Nasima in die Türkei und Presseberichte über eine drohende Zwangsverheiratung stimmte Innensenator Dr. Ehrhart Körting ihrer Rückkehr nach Berlin in der Sitzung des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses am 21.05.07 zu. (Nasima kehrte am 06.06.07 nach Berlin und zurück und soll eine zunächst befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten).

Infos: Wiedereinreise nach Abschiebung, Flüchtlingsrat begrüßt Entscheidung des Innensensors - http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=338

Drohende Abschiebung nach 11 Jahren Berlin

Es wurde ein weiterer Fall einer drohenden Abschiebung eines langjährig in Berlin lebenden Flüchtlings bekannt. Yilmaz kam als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Berlin und erfüllt alle Kriterien der Bleiberechtsregelung. Ein Verfahren gegen angebliche Scheinehe wurde eingestellt, genügt aber der Ausländerbehörde und der Senatsverwaltung für Inneres, um die Abschiebung zu begründen. Eine Petition wurde abgelehnt, ein erneut gestellter Härtefallantrag von der Geschäftsstelle der Senatsverwaltung zur Bearbeitung nicht angenommen. Yilmaz verfügt mit dem Jugendzentrum YAAM über einen breiten Unterstützerkreis. Bei YAAM wäre auch eine Anstellung möglich.

Infos: „Innenverwaltung ignoriert den von ihr mitgetragenen Bleiberechts-Beschluss.

Ehemals unbegleitet minderjährig eingereister Flüchtling soll abgeschoben werden.“

(Presseerklärung des Flüchtlingsrates vom 30.05.07; http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=339

Sitzung des Landesbeirates für Integration- und Migrationsfragen

Auf seiner Sitzung am 31.05.07 befasste sich das Gremium nicht mit einem Antrag des Flüchtlingsrates zur Auswertung der Umsetzung der Bleiberechtsregelung. Deshalb soll dazu ein gesondertes Treffen mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Dr. Heidi Knake-Werner, am 04.07.07 kommen. Am 22.06.07 wird auf einem „Integrationsgipfel“ das aktuelle Integrationskonzept des Senates vorgestellt werden. Der Flüchtlingsrat wird einen Redebeitrag halten. Mehr dazu im Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html>

V. Aktuelles

Der Bundestag hat am 14.06.07 in 2. und 3. Lesung den Entwurf des "Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU" beschlossen.

Der Entwurf wurde in der Fassung der Bundestags-Drs. 16/5065 v. 23.04.07

<http://dip.bundestag.de/btd/16/050/1605065.pdf> (pdf 10 MB!) mit den in der Bundestags-Drs.

16/5621 v. 13.06.07

<http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/16-5621.pdf> enthaltenen vom Innenausschuss

vorgenommenen Änderungen beschlossen. Vgl. inhaltsgleich aber mit Begründung der Änderungen die Drucksache des Innenausschusses 16(4)227 vom 13.06.07: [http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/Innenausschuss_16\(4\)227.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/Innenausschuss_16(4)227.pdf)

Die Anträge der Grünen BT-Drs. 16/5103 und der Linken BT-Drs. 16/5108 und 16/5109 wurden abgelehnt. Eine Reihe von SPD-Politikern stimmte - wohl wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gegen die Einschränkung des Familiennachzugs - gegen das Gesetz.

Der Bundesrat wird das Gesetz voraussichtlich am 06.07.07 bestätigen, so dass es nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt voraussichtlich **in der 2. Julihälfte in Kraft treten** wird. (Infomail von Georg Classen vom 14.06.07).

Beschlüsse der Innenministerkonferenz

Die Innenminister faßten einen Beschluss zu Rückführungen in den **Irak**. Neben Straftätern aus dem Nordirak sollten nunmehr auch sogenannte "Gefährder" (nicht rechtskräftig verurteilt) in den Nordirak zurückgeführt werden. Außerdem stellen die Innenminister fest, dass die Rückkehrsituation für **tschetschenische Flüchtlinge** "unverändert problematisch sei". Sie sahen aber keine Notwendigkeit für einen Abschiebestopp.

Aufenthaltsrecht: Fallen Alte und Kranke aus dem Raster ?

Innenausschuss (Anhörung)
Berlin: (hib/MVF) Für Ausländer, die bis zum 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben, wird eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis künftig an einen festen Arbeitsplatz geknüpft. Bis Ende 2009 müssen die Betroffenen einen solchen vorweisen. Ausnahmen - etwa für Alte und Kranke - soll es dabei nicht geben. Diesen humanitären Aspekt diskutierten die Sachverständigen am Dienstagnachmittag im **dritten Teil der Anhörung des Innenausschusses** zum EU-Richtlinienumsetzungsgesetz (16/5065), welches das Aufenthalts- und Asylrecht neu regelt. Professor Kay Hailbronner (Universität Konstanz) sah keinen Platz für Ermessensspielraum im Gesetz. Die Sicherung des Lebensunterhalts sei klar durch die Erwerbstätigkeit festgelegt. Deswegen plädierte Dr. Gottfried Köfner (Regionalvertreter des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, UNHCR) für die Notwendigkeit einer Öffnungsklausel für humanitäre Fälle: "Nicht jeder kann finanziell für sich sorgen. Alte, Kranke, Traumatisierte oder Behinderte sind dazu nicht in der Lage", machte er deutlich. Köfner befürchtete, dass nun eine neue Gruppe von Ausländern entstehen könnte, die zwar keine Aufenthaltserlaubnis mehr besitzt, aber trotzdem nicht ausgewiesen werden kann. Dies werde einer Lösung im Sinne der Nachhaltigkeit nicht gerecht. Katharina Wegner (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche) ergänzte: "Wer eine humanitäre Lösung anstrebt, muss auch die Einwanderung in das Sozialsystem zulassen." Weiterhin kritisierte sie die ihrer Meinung nach zu kurzen Fristen, da auch Ausländer, die noch nicht acht Jahre in Deutschland verbracht haben, bereits voll in den Arbeitsmarkt integriert seien. Mit der Stichtagsregelung zum 1. Juli 2007 fielen sie jedoch aus dem Raster. Nach Meinung von Klaus Dienelt (Bundesverwaltungsgericht) und Stefan Kessler (Jesuiten-Flüchtlingsdienst) wird mit der neuen Regelung auch eine alte Lücke geschlossen, denn Ausländer könnten jetzt, trotz auslaufender Arbeitsgenehmigung, weiter ihrer Tätigkeit nachgehen. Dies brächte eine "konsequente Verbesserung", unterstrich Kessler. Dennoch

betonte auch er die Problematik alter und kranker Menschen. Rechtsanwalt Reinhard Marx kritisierte dagegen die starren Regelsätze. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass viele Familien bereits mit weniger Geld auskommen, ohne auf Sozialleistungen zurückzugreifen.

(Info zur Sachverständigenanhörung im Innenausschuss des Bundestages am 05.06.07 von Stefan Kessler, Jesuiten-Flüchtlingsdienst; stefan_kessler_02@yahoo.de)

Anträge des Deutschen Ärztetages

Der Deutsche Ärztetag fasste am 16.5.2007 zwei Beschlüsse zum Änderungsgesetz/
Zuwanderungsgesetz

Der 110. Deutsche Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union die **Übermittlungspflicht** nach § 87 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (und § 11 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)) für öffentliche Stellen (öffentliche Krankenhäuser, Sozialämter) an die Ausländerbehörde im ärztlichen Behandlungsfall aufzuheben. Eine entsprechende Gesetzesänderung würde sicherstellen, dass **Menschen ohne Aufenthaltsstatus** Ärzte und Krankenhäuser rechtzeitig aufsuchen und Anträge zur Kostenübernahme bei den zuständigen Behörden gestellt werden. Weiterhin darf die medizinische Hilfe durch Ärzte und medizinisches Personal nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt im Sinne des § 96 AufenthG fallen. Eine ausdrückliche Ausnahmeregelung in § 96 AufenthG würde Rechtssicherheit für Ärzte und medizinisches Personal schaffen, die Menschen ohne Aufenthaltsstatus behandeln.

Der 110. Deutsche Ärztetag 2007 in Münster lehnt jegliche Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten zur **Feststellung des Alters von Ausländern** mit aller Entschiedenheit ab, wie das in der Neufassung des § 49 Aufenthaltsgesetz ... vorgesehen ist.

The observatory of the victims of illegal migration, Fortress Europe Presents May 2007 Report:

135 victims of the illegal migration in one month: 111 of them in the Strait of Sicily, 13 in Gibraltar's sea and 11 along the routes for the Canary islands, in Spain. The number of migrants boats arrivals decreased of 50% in Lampedusa, in Italy, and of 67% in the Canary. In July 2007 the patrolling of EU border control agency, Frontex, will start off Malta. Meanwhile in Libya, 400 asylum seekers are detained since 6 months in Misratah's prison and risk to be deported to Eritrea and Ethiopia. Among them there are 50 women and 7 children. According to the Fortress Europe press review, recently updated, at least 8,995 people have died along the illegal migration's routes from 1988, including 3,087 reported to be missing.

Infos zu G8 – Protesten u.a.:

http://fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1150512&em_src=275147&em_ivw=fr_polstart .

VI. Verschiedenes

Projekt **Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen** (PBF)

Start: 1. Septemberwoche 2007

Dieser Kurs wendet sich an Asylbewerberinnen und Flüchtlingsfrauen aller Nationalitäten.

Die Dauer des Kurses umfasst 10 Monate und die ca. 30 Unterrichtsstunden pro Woche teilen sich auf in:

- intensiven Deutschunterricht
- die Vermittlung von allgemeinbildenden Kenntnissen (Sozialkunde, Geschichte und Mathematik)
- die Vermittlung von theoretischen und praktischen Kenntnissen in den Berufsbereichen Gesundheit, Medizin, Pflege und Bürokommunikation.
- die Darstellung verschiedener Berufe und deren Ausbildungs- und Arbeitsinhalte, sowie ein Bewerbungstraining.

Den Abschluss der Maßnahme bildet ein dreiwöchiges Praktikum in einem von den Frauen selbstgewählten Berufsfeld.

Unterrichtsbegleitend finden die Frauen ein breitgefächertes Angebot an sozialpädagogischer Beratung und Betreuung sowie eine regelmäßige Rechtsberatung. Für Babys steht eine Betreuung zur Verfügung.

Voraussetzung für die Teilnahme sind Grundkenntnisse der deutschen Sprache.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldungen werden ab sofort in unserem Büro entgegengenommen. Für Terminabsprachen sind wir unter der Infoline: 0162-527 63 33 Mo-Fr in der Zeit von 09:00 Uhr bis 15:30 Uhr erreichbar

Projekt Berufsorientierung für Flüchtlingsfrauen (PBF) im Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V.
Nogatstrasse 5, 12051 BERLIN

Tel: 030 / 618 91 20, Fax: 030 / 695 65 131

E-Mail: Projekt PBF@aol.com

Literaturhinweis:

Politisches Buch. Der Tag, der die Republik veränderte. Uwe Soukup: Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967; Verlag 1900 Berlin, 2007; 272 S., 19,90 €

Kinotipp:

DER GROSSE AUSVERKAUF, der am 17.Mai deutschlandweit startet, ist ein packender Dokumentarfilm über ein sehr komplexes Thema. In vier ineinander verwobenen Erzählsträngen bringt der Film dem Zuschauer das abstrakte und umstrittene Phänomen "Privatisierung" über einfühlsame Porträts von Menschen aus verschiedenen Kontinenten nahe, die von den oft inhumanen und fehlgeleiteten Versuchen, das Wirtschaftswachstum zu steigern, unmittelbar betroffen sind - Menschen, die sich auf ihre ganz persönliche Art und Weise dagegen zur Wehr setzen. (In Berlin im Kino in der Kulturbrauerei, FAF, Babylon, Central zu sehen).

Infos: Majestic Filmverleih GmbH

Bleibtreustraße 15, 10623 Berlin, Tel. +49 30 887 14 48 - 0, nicole.paschke@majestic.de

Der Flüchtlingsrat gratuliert den Intendanten des GRIPS Theaters, Volker Ludwig, herzlich zu seinem 70. Geburtstag (am 13. Juni 07) und verleiht ihm die Ehrenmitgliedschaft.

„In Anerkennung seines langjährigen Engagements für die Rechte von Flüchtlingen und seiner Unterstützung für die Arbeit des Flüchtlingsrates wird Volker Ludwig die Ehrenmitgliedschaft des Flüchtlingsrates Berlin verliehen.

Mit der Ehrenmitgliedschaft verbindet sich ein unbefristetes "Aufenthaltsrecht" bei allen Veranstaltungen des Flüchtlingsrates. Dieses kann nicht widerrufen werden und erstreckt sich auch auf Aktivitäten der dem Flüchtlingsrat nahe stehenden Initiativen wie "Jugendliche ohne Grenzen".

Nächste Sitzungen des Flüchtlingsrates:

im Berliner Missionswerk, Georgenkirchstrasse 70, 10249 Berlin, Raum 1203
am **27. Juni und 08. August 2007**, 14.30 Uhr

AK politische Flüchtlingsarbeit

Im Beratungs- und Begegnungszentrum für Junge Flüchtlinge und Migranten (BBZ)
Turmstrasse 72, 10551 Berlin (U-Bhf. Turmstrasse, U9)

Am **09. Juli 2007, 19.30 Uhr**

Jens-Uwe Thomas, Berlin den 15. Juni 2007